

"Krankenhaus-Sonderanlage Aktion Brandt in Köppern im Taunus" - die letzte Phase der "Euthanasie" in Frankfurt am Main: zur politischen und historiographischen Rezeption der "Aktion Brandt"

Daub, Ute

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Daub, U. (1992). "Krankenhaus-Sonderanlage Aktion Brandt in Köppern im Taunus" - die letzte Phase der "Euthanasie" in Frankfurt am Main: zur politischen und historiographischen Rezeption der "Aktion Brandt". *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 16(2), 39-67. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-266510>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Ute Daub

„KRANKENHAUS-SONDERANLAGE AKTION BRANDT IN KÖPPERN IM TAUNUS“ – DIE LETZTE PHASE DER „EUTHANASIE“ IN FRANKFURT AM MAIN

ZUR POLITISCHEN UND HISTORIOGRAPHISCHEN REZEPTION DER „AKTION BRANDT“

Seinen bahnbrechenden Aufsatz, mit dem er die seit dem Nürnberger Ärzteprozeß von der Geschichtsschreibung vergessene „Aktion Brandt“ als Gegenstand der Rekonstruktion nationalsozialistischer Vernichtungspolitik 1985 gleichsam wiederentdeckte und sie in die „Euthanasie“-Forschung einführte, faßte Götz Aly mit den Worten zusammen (Aly, 1985, S. 70):

„In den letzten zwei Jahren der NS-Herrschaft nahm das Töten auch arbeitsunfähiger Deutscher Ausmaße an, die unerforscht sind. Von der ‚Unfähigkeit zu trauern‘ kann hier nicht gesprochen werden, eher von der Unfähigkeit, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, die sich ab 1943 in Hunderten von Großstädten ereignet haben, Tausende von deutschen Familien betroffen haben und die im wesentlichen von den kommunalen Verwaltungen, den Trägern der Fürsorge und den Krankenkassen technisch abgewickelt worden sind. Der organisierte Verwaltungsmord an unproduktiven und gebrechlichen Leuten muß so selbstverständlich geworden sein, daß er nach 1945 kein Thema war.“

Auf die „Krankenhaus-Sonderanlage Aktion Brandt in Köppern im Taunus“ trifft diese Unfähigkeit und Unwilligkeit, Tatsachen wahrzunehmen in besonderem Maße zu, erklärte doch der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWVH), der dieses Krankenhaus 1967 von der Stadt Frankfurt am Main übernahm und in ihm seitdem ein Psychiatrisches Krankenhaus betreibt, zwei Jahre, nachdem Alys Aufsatz erschienen war (LWVH, 1987):

„Herr Beig. Dr. Aden¹ erklärt ... daß ihm Stellungnahmen des früheren Verwaltungsleiters und des heutigen ärztlichen Direktors vorliegen, wonach das Waldkrankenhaus Köppern während der NS-Zeit keine Sonderanstalt gewesen sei, die mit Euthanasiemaßnahmen in Verbindung zu bringen sei.“

Nachdem der von Aden als Zeitzeuge eingeführte ehemalige Verwaltungsleiter der „Sonderanlage“, Walter Knab, darüber hinaus öffentlich erklärt hatte, bei der „Aktion Brandt“ in Köppern habe es sich um eine „segsreiche Einrichtung“ gehandelt (Taunus-Zeitung, 1987), hielt es der LWVH für nötig, die Öffentlichkeit noch einmal – jetzt in Form einer Presseerklärung – zu informieren, die mit der Schlagzeile begann (LWVH, 1988): „Keine Beweise für Beteiligung des Waldkrankenhauses Köppern an Euthanasie-Verbrechen“.

Wenige Minuten Zeit hätten gereicht, um festzustellen, daß die Maße der noch heute auf dem Köpperner Gelände als Krankenhäusern genutzten Baracken – errichtet in, wie es damals hieß, „holzsparender Bauweise“ – mit denen der 145 kompatibel sind,² die Aly anhand der Dokumente beschreiben konnte.

Ein Blick in die Sachaktenbestände des Frankfurter Stadtarchivs hätte genügt, den hier abgebildeten Briefkopf zu finden; Rudimente eines Geschichtsbewußtseins hätten ausreichen können, den spätestens seit dem Fund des Protokolls der Wannsee-Konferenz seiner Unschuld beraubten Begriff „Sonderanlage“ zum Anlaß zu nehmen, Nachforschungen anzustellen.

Stattdessen hat der LWV, den nota bene „nur“ eine „zweite Schuld“ trifft – trug doch sein Rechtsvorgänger, der Provinzialverband, keinerlei Verantwortung für das, was in der „Sonderanlage“ geschah, – es bis heute nicht für nötig befunden, sein Geschichtsbild zu revidieren, gleichwohl ihm Informationen über die nationalsozialistische „Euthanasie“ in Köppern vorliegen (Daub & Becker, 1991).

Dem Faktum ihrer beschämend späten wissenschaftlichen Wiederentdeckung, die sicherlich auch darauf zurückzuführen ist, daß die „Aktion Brandt“ unter der damaligen Bevölkerung archaische Ängste hervorgerufen haben muß (vgl. Dörner, 1967), deren Entstehung die Organisatoren der vorgängigen „Euthanasie“-Programme noch zu vermeiden trachteten,³ ist die Kärghlichkeit und Disparatheit des Bildes geschuldet, das die „Euthanasie“-Forschung heute von der „Aktion Brandt“ hat. In welchem Maße sich diese Uneinheitlichkeit eines Tages als ein Artefakt des Forschungsdefizits herausstellen wird, ist gegenwärtig noch offen.

Jede der wenigen einschlägigen regionalhistorischen Studien, die, ihre Ergebnisse auf das gesamte Deutsche Reich in den Grenzen von 1943 extrapolierend, bean-

spricht, die „Aktion Brandt“ angemessen zu beschreiben,⁴ muß notwendigerweise fehlgehen. Zunächst müßte die Zahl lokaler Untersuchungen erhöht werden, um die sehr pauschale Vorstellung von der „Aktion Brandt“, welche diejenigen Forscher prägten, die sich ausschließlich auf überregionale Quellen stützen, empirisch zu prüfen und sie dadurch zu differenzieren.

Deshalb soll, um die Komplexität zu erhöhen, um das Bild um neue Facetten zu ergänzen, im Folgenden die „Aktion Brandt“ in Frankfurt/Main, soweit die sehr lückenhaften und disparaten Quellen⁵ es zulassen, rekonstruiert werden.

Zum Verhältnis von „wilder Euthanasie“ und „Aktion Brandt“ in der Geschichtsschreibung zur NS-Medizin

Alle zeitgenössischen Definitionen der „Aktion Brandt“, die aus Quellenmaterial überregionaler Provenienz abgeleitet wurden (u.a. Aly, 1985; Schmuhl, 1987), stimmen darin überein,

- daß es sich bei diesen Krankentötungen um die letzte, 1943 einsetzende Phase der „Euthanasie“ im „Dritten Reich“ gehandelt hat,
- daß dieses im Übrigen finanziell sehr aufwendige Programm dem Ersatz von durch den Luftkrieg zerstörten Krankenhauskapazitäten der Großstädte und Ballungsgebiete diene
- und daß in der „Aktion Brandt“ auch Menschen getötet wurden, deren Lebensrecht zuvor nicht bestritten worden war.

Ernst Klee (1990, S. 50) versucht zusammenfassend, die Mordopfer zu definieren:

„Getötet wurden psychisch Kranke, geistig und körperlich Behinderte, Taubstumme, Blinde, Tuberkulöse, Fürsorgezöglinge, Arbeitsinvalide, zwangsverschleppte Ostarbeiter, Flüchtlinge, durch Bombenangriffe verwirte Zivilisten, offenkundig auch schwerverwundete Soldaten.“⁶

Der nationalsozialistische Staat hatte, als seine militärischen Niederlagen begannen, zumindest in dem uns interessierenden Ausschnitt, ein erhebliches Maß seiner administrativ-organisatorischen Kohäsion eingebüßt. Damit zusammenhängend waren an der „Aktion Brandt“ mehr Organisationen beteiligt als an den vorgängigen nationalsozialistischen „Euthanasie“-Programmen. Auf die differentielle Einschät-

zung deren Relevanz sowie auf das bereits erwähnte Forschungsdefizit ist m.E. zurückzuführen, daß mitunter sich gegenseitig ausschließende Vorstellungen über die „Aktion Brandt“ koexistieren.

Hans-Walter Schmuhl verortet beispielsweise⁷ die Schrittmacher der „Aktion Brandt“ unter den die „T 4-Aktion“ organisierenden Eliten.⁸ Mit dem Namen Karl Brandts⁹ hätten diese Personengruppen nur ihr Ziel camoufliert, ihre Arbeit trotz des verordneten Endes der „T4-Aktion“ fortzusetzen.¹⁰

Nach seiner Darstellung¹¹ wurde den psychiatrischen Patienten, die in den Heil- und Pflegeanstalten die „T4-Aktion“ überlebt hatten, aber auch Insassen anderer Institutionen, wie beispielsweise Fürsorgeheimen, ein befristetes Lebensrecht als „Platzhalter“¹² zugebilligt, das ihnen genommen wurde, als wegen der Bombardements Krankenhauskapazitäten fehlten.

Schmuhl hat Probleme, die „Aktion Brandt“ von der „wilden Euthanasie“ – was auch immer Nitsche, der wußte, wovon er sprach, darunter verstanden haben mag – zu unterscheiden. Um jene, als deren Charakteristikum heutzutage das so genannte dezentrale Töten gilt, von dieser zu trennen, hebt Schmuhl auf das Faktum der wieder aufgenommenen Deportationen ab. Die „Aktion Brandt“ kam aber, wie noch zu zeigen sein wird, in Frankfurt/Main (mit einer Ausnahme) ohne weiträumige Deportationen aus.

Gegen Schmuhls Sichtweise ist kritisch einzuwenden, daß es, zumal bei unzureichender Quellenlage, heuristisch unfruchtbar ist, post festum begriffliche und organisatorische Differenzierungen, welche die nationalsozialistischen Akteure trafen, zu ignorieren.¹³

Aly stellt in das Zentrum seiner Darstellung das Faktum der Ermordung zuvor nicht institutionalisierter, (groß)städtischer Bevölkerungsteile,¹⁴ die, von Bombardements getroffen, obdachlos und verwirrt, temporär nicht länger als tüchtige „Volksgenossen“ funktionierten und in den „Sonderanlagen“ der „Aktion Brandt“ – sei es als Annex fern oder nahe gelegener psychiatrischer Heil- und Pflegeanstalten, sei es als autonome Einrichtungen – untergebracht und dort nach den von der Psychiatrie entwickelten Methoden der „wilden Euthanasie“ ermordet wurden. Auch diesem Bild entsprach die Situation in der Frankfurter „Sonderanlage“ nur insoweit, als in ihr

Menschen getötet wurden, die zuvor nicht psychiatrisiert oder anderweitig mittel- respektive langfristig institutionalisiert gewesen waren.

Nach meinen Erkenntnissen begann die „Aktion Brandt“ – ohne freilich schon so zu heißen – viel früher als Aly und Schmuhl annehmen, nämlich spätestens im Sommer 1941; das geht jedenfalls aus einem Schreiben Brandts an Bormann (IfZ, 1983-1990) vom 24.08. 1941 hervor, in dem alle wesentlichen äußeren Elemente der späteren „Aktion Brandt“ antizipiert wurden:

„Der Führer hat ... angeregt, dass bestimmte luftgefährdete Städte (Hannover, Hamburg, Bremen usw.) Ersatzbauten für beschädigte Krankenhäuser erhalten sollen und darüber hinaus diese Ersatzkrankenhäuser so gross angelegt werden, dass sie in der Lage sind, eventl. übermässig anfallendes Krankengut aufzunehmen. Sie sind bei den Besprechungen, die auch mit Dr. Todt gehalten wurden ... dabei gewesen ...

- 1.) Bestimmte ... luftgefährdete Städte erhalten Zusatz-Krankenhäuser.
- 2.) Die Kosten ... damit verbundener Krankenverlegungen usw. sind vom Reiche aus zu tragen.
- 3.) Die Gebäude werden von der Organisation Todt ... in Verbindung mit mir gebaut.
- 4.) Soweit es möglich ist, können im Gebiet der betreffenden Städte liegende Heil- und Pflegeanstalten als Grundlage für derartige Krankenhäuser herangezogen werden. Die Bereitstellung ... erfolgt im Einverständnis mit dem Sonderbeauftragten (Dr. Linde [sic]) im Reichsinnenministerium ...
- 6.) Die Gebäude (Baracken) werden später, wenn sie nicht mehr notwendig sind, der O.T. ... zur Verfügung gestellt.

Es ist selbstverständlich, dass Massnahmen ... im Einverständnis und in stetiger Fühlungnahme mit den Gauleitern erfolgen ... Solange es notwendig ist, habe ich mit der O.T. (Dr. Poschmann), Abteilung Sanitätswesen, direkte Verbindung.“

Mit diesem Vorgang wurde zugleich implizit die Beziehungsstruktur der zu dieser Zeit mit der „Euthanasie“ befaßten Eliten definiert, die von nun ab bis zum Ende des „Dritten Reichs“ die konfliktuöse, arbeitsteilige Organisation der „Aktion Brandt“ bestimmte: Brandt, legitimiert durch seine privilegierten Beziehungen zu Hitler, ergriff die Initiative, das Reichsinnenministerium (RMdI), speziell der Reichsbeauftragte für die Heil- und Pflegeanstalten, Linden, versuchte, gehemmt durch das ihm nur zur Verfügung stehende, vergleichsweise schwerfällige Instrumentarium des Meldewesens und des Erlasses von Richtlinien, vergeblich mit ihm Schritt zu halten, sich seinen Plänen durch Verordnungen anzupassen.¹⁵ Andere bekämpften Brandt, weil er ihre Macht beschneit,¹⁶ nicht im Kern betroffene Reichsbehörden kooperierten kollegial.¹⁷ Daß Brandt es sich leisten konnte, sich um keine Kompetenzverteilung

zu scheren – gewann er doch jede der vielen Konkurrenzen mit einem Machtzuwachs, der ihn Richter seiner Gegner werden ließ¹⁸ – machte seine Effizienz aus¹⁹ und trug in den hinlänglich beschriebenen Prozessen der wechselseitigen Eskalation zur Radikalisierung dieses Teils der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik bei.

Trotz dieser Effizienz konnte die „Aktion Brandt“ im Unterschied zu den übrigen „Euthanasie“-Programmen nicht wie geplant vollendet werden. Auch in Frankfurt/Main, für das „... anfänglich 3 Sonderanlagen vorgesehen“ waren,²⁰ in denen jeweils 600 Betten stehen sollten, erreichten die „Krankenhaus-Sonderanlagen Aktion Brandt“ nicht das projektierte Ausbauniveau.²¹

Die Institution

Köppern, seinerzeit wie heutzutage keine selbständige Gemeinde, liegt, etwa 20 Kilometer vom Frankfurter Stadtzentrum entfernt, am Süabhäng des Taunus zwischen den Kreisstädten Bad Homburg vor der Höhe und Friedberg. 1913 errichtete die Stadt Frankfurt dort eine Pflegeanstalt, die 1934 mit mittlerweile 420 Betten, um „... eine Senkung der Pflegesätze zu ermöglichen und dadurch eine Entlastung beim Haushalt des Fürsorgeamts zu erreichen“ (Verwaltungsbericht der Stadt Frankfurt am Main, S. 92), der stadtnahen Stiftung²² Hospital zum Heiligen Geist übergeben wurde. Ihr unterstanden nach umfangreichen „Arisierungen“ „jüdischer“ Stiftungen²³ allein in der unmittelbaren Umgebung Köpperns sechs weitere Institutionen.²⁴

In den der „Aktion Brandt“ vorausgehenden Jahren muß es den Insassen der Frankfurter Pflegeanstalten in Köppern nicht gut gegangen sein:

- Die Anstalt fungierte als Endstation alter und/oder therapieresistenter Patienten der Frankfurter Universitäts-Nervenklinik;
- in Übererfüllung des 1934 gefaßten Plans wurden die Pflegesätze in Etappen von RM 4.75 (1933) auf RM 2.50 (1941), im benachbarten Alten- und Siechenheim Teichmühle von RM 2.- (1933) auf RM 1.30 (1941) gesenkt (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/4, Band Nr. 2);
- ab Kriegsbeginn wurden die Pfleglinge von ausländischem Personal – Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern sowie Kriegsgefangenen – versorgt. Die Stellen der dort noch 1933 tätigen Psychiater Dr. Friedrich Salomon Rothschild und

Dr. Werner Vogl wurden nach deren rassistisch motivierten Hinauswurf nicht wieder besetzt;

- als die Anstalt 1939 für kurze Zeit Lazarett wurde, mußten „... die Pfleglinge unter Androhung von Zwangsmaßnahmen innerhalb weniger Tage verlegt werden“ (Lohne, in: Lerner et al., 1989, S. 268), etliche von ihnen nicht weniger als acht (!) Mal hintereinander;²⁵
- wo sie sich auch immer lebendig oder tot aufhielten, waren die Insassen unerwünscht.²⁶

So verwundert es schon fast, daß 1942, kurze Zeit nachdem die Köpperner „Sonderanlage“ geplant wurde, Ersatzbauten (Holzbaracken) in Hohenwald und Oberstedten zur Unterbringung der Pfleglinge projiziert wurden. Diese „Ausweichen“ wurden jedoch nicht rechtzeitig fertig gestellt, bzw. unmittelbar nach ihrer Eröffnung von der Marine vorübergehend requiriert, so daß Zweifel angebracht sind, ob die „alten Leute aus Köppern“ ihre Abschiebung unbeschadet überstanden.²⁷ Anhaltspunkte, die den Verdacht nähren, die 300 bis 320 verlegten Köpperner Pfleglinge oder einige von ihnen seien getötet worden, fand ich nicht.

Im Herbst 1942 begann ein 20 Mann starkes²⁸ Außenkommando des „Arbeitserziehungslagers“ (AEL) Frankfurt/Main-Heddernheim im Auftrag der Organisation Todt (OT), ausgeliehen an die Firma Holzmann, die schon das AEL errichtet hatte,²⁹ mit dem Bau der „Krankenhaus-Sonderanlage“. Nach einjähriger Bauzeit wurde sie, konzipiert als ein Vollkrankenhaus mit 550 Betten, am 06.10.1943 eröffnet und belegt; zwei Tage zuvor war die Stadt Frankfurt zum ersten Mal in massiven Flächenbombardements schwer getroffen worden. „Die schon vorhandenen Anlagen der Pflegeanstalt wurden hierbei in das neue Ausweichkrankenhaus eingegliedert.“³⁰

Diversen Berichten zufolge verfügte die „Sonderanlage“ über sechs Abteilungen (Innere Medizin, Röntgenologie, Chirurgie, HNO, Frauen- und Infektionsabteilung) sowie über drei Operationssäle, eine Sterilisation und ein Labor.³¹

Am 17.11.1943 wurde die, abgesehen von Betriebsvorschüssen der Stadt Frankfurt, mit Reichsmitteln finanzierte „Sonderanlage“ der Stadt geschenkt, ein Akt, der den Reichsfinanzminister, als er ein Jahr später zufälligerweise davon erfuhr, zu verzweifelten Bemühungen um die nachträgliche Herstellung von Kompatibilität bezüglich der bis dahin verausgabten 100 Millionen Reichsmark mit den Bestimmungen der

Reichshaushaltsordnung veranlaßte. Daß Krankenhaus-„Sonderanlagen“ der „Aktion Brandt“ „ohne Verwendungsnachweis!“ Kommunen geschenkt wurden,³² geschah nicht nur in Frankfurt/Main, sondern mindestens auch in Bremen, Hamburg, Lübeck, Neustadt in Holstein und Remscheid.

Die Frankfurter Organisatoren der „Euthanasie“ als Verwaltungsleiter der „Aktion Brandt“ auf Reichsebene

Zunächst in Frankfurt/Main, dann, nach der Zerstörung des Heiliggeist-Hospitals in Köppern, befand sich ab 1942 die Verwaltungsleitung aller „Sonderanlagen“ der „Aktion Brandt“ – ein Teil der vielfach kritisierten, von Brandt aufgebauten „Reichszentralstelle“.³³

Inspekteur der „Krankenhaus-Sonderanlagen Aktion Brandt“ war Carl Hofacker,³⁴ nach seinem Tod Namensgeber des Hofacker-Verbandes, der Organisation der freien, gemeinnützigen Krankenhäuser. Carl Hofacker (09.03.1878-12.12.1948), ab 1915 Hospitalmeister der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Oberverwaltungsdirektor zur Zeit der „Aktion Brandt“, war Mitbegründer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) und 2. Vorsitzender des DPWV Hessen-Nassau seit 1920, dem Jahr seiner Gründung, sowie Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für das Krankenhauswesen in Hessen und Hessen-Nassau beim Deutschen Gemeindetag als auch Vorsitzender des Verbands der nicht-städtischen Kranken- und Pflegeanstalten, bevor er im März 1940 als Vertreter der Reichsleitung des Amts für Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe in den engeren Beirat des mit dem Hauptamt für Volkswohlfahrt verbundenen Reichsverbandes der Freien Gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands berufen wurde (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2).

„Die Stiftung Hospital zum heiligen Geist hatte immer wieder das Glück, zur rechten Zeit fähige Mitarbeiter zu haben, die sie vor größerem Schaden bewahren konnten.

Als solcher erwies sich ... Carl Hofacker. Er hatte sich nach 1933 im Einverständnis mit dem Pflegamt dem Drängen der Organe der NSDAP um tätige Mitarbeit bewußt nicht verschlossen, um Eingriffe in die Substanz der Stiftungen und nicht nur der Stiftung Hospital zum heiligen Geist im Anfangsstadium bereits erkennen, vielleicht sogar ersticken zu können.“ (Lohne, in: Lerner u.a., 1989, S. 269)

Drei Jahre nach seiner Berufung zum Inspekteur der „Aktion Brandt“ wird er dem Frankfurter Gesundheitsdezernenten über seine Arbeit berichten:

„Am 15.X.1942 erschienen plötzlich Vertreter der Reichsregierung mit Vertretern der Luftwaffe und aller beteiligten Behörden und Dienststellen und ordneten diktatorisch die Umwandlung der Köpperner Anstalt in ein Sonderkrankenhaus an.“³⁵

Hofackers Frau, Emmy Hofacker, leitete die Apotheke der „Sonderanlage“ in Köppern. Mit beiden Aufgaben, der überregionalen und der regionalen, überfordert, installierte Carl Hofacker zu Beginn der Köpperner „Aktion Brandt“ einen lokalen Verwaltungsleiter, den eingangs zitierten Walter Knab (* 08.05.1909) (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2).

Wie Hofacker die Jahre seiner Tätigkeit in der „Aktion Brandt“ aushielt, eine Organisation, gegen die er nicht nur „beharrlich“ „Widerstand“ leistete, sondern deren vor Ort tätiger Chefarzt ihn sogar „vernichten wollte“,³⁶ kann retrospektiv nicht mehr geklärt werden. Möglicherweise half ihm dabei das Geld. Alle in der „Sonderanlage“ beschäftigten Ärzte und Ärztinnen, deren Personalakten ich einsehen konnte, wurden außertariflich bezahlt und erhielten darüber hinaus kurz nach Aufnahme ihrer Tätigkeit Gehaltserhöhungen von 20%.³⁷

Aufnahme-Nr. _____

Rechnungsjahr 194 _____

Krankenhaus-Sonderanlagen „Aktion Brandt“

Anlage Köppern i. Ts.

Aufnahmeschein

Zuname: _____

Vornamen: _____

Aufgenommen am: _____

Entlassen am: _____

*Str. : die von Theresienstadt
hier aufgenommenen jüdischen
Heimkehrer.*

Abteilung _____

Haus
Z. Nr. _____

Das ärztliche Personal der Köpperner „Sonderanlage“

Beim Chefarzt der Köpperner „Krankenhaus-Sonderanlage“, dem Hofacker 1946 freilich nur gegen ihn gerichtete mörderische Absichten unterstellte, handelte es sich um den aus der Forschungsliteratur zur NS-Medizin (Knödler, 1989 und 1991) bereits bekannten Dr. Willi Gutermuth. In der Typologie der nationalsozialistischen Ärzte repräsentiert Gutermuth (31.03.1905-05.05.1982) den Typ des jungen, fleißigen, ehrgeizigen, karriereorientierten, geltungssüchtigen Aufsteigers:

Im Alter von 18 Jahren „... mußte ich infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Oberprima dieser Anstalt [der Klinger-Oberrealschule in Frankfurt/Main, U.D.] verlassen und wurde Lehrling in einer Getreide-Großhandels-Firma. Sommer-Semester 1924 bezog ich nun nebenher als stud. rer. pol. mit kleiner Matrikel die Universität Frankfurt. Ich bereitete mich nebenher auf die Reifeprüfung vor, die ich an Ostern 1928 ... bestand. Herbst 1928 wandte ich mich nun dem Studium der Medizin zu ... Frühjahr 1933 wurde ich Parteigenosse und SS-Mann. Ich gehöre der Partei und der Schutzstaffel noch heute an.“³⁸

Von seinem SS-Kameraden Prof. Dr. Wilhelm Nonnenbruch,³⁹ der im Herbst 1939 Direktor der Medizinischen Universitätsklinik geworden war, protegiert, wurde Willi Gutermuth, ohne promoviert zu sein, vier Monate, nachdem er vom Volontärarzt zum Assistenzarzt aufgestiegen war, am 08.11.1939 planmäßiger Oberarzt der Medizinischen Universitätsklinik und deren stellvertretender Direktor.

Knödler zufolge war 1942 der Krankenstand in den Frankfurter Betrieben mit 8% im Reichsvergleich besonders hoch, so daß der Reichsverteidigungskommissar und der Reichstreuhänder der Arbeit der Medizinischen Universitätsklinik des Städtischen Krankenhauses Sachsenhausen anboten, den Krankenstand zu überwachen. Gutermuth, der den Auftrag übernahm, für den ihn seine Tätigkeit als nebenamtlicher Vertrauensarzt prädestinierte, gelang es mit Unterstützung des Gauleiters Sprenger (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2), den Krankenstand, für den er den „geringen Leistungswillen ... der Werktätigen“ verantwortlich machte, auf 3% zu senken und ihn sechs Monate lang auf diesem Niveau zu halten.

Von Karl Brandt ob dieses Erfolges im Februar 1943 zum „Bevollmächtigten für ärztliche Sonderaufgaben in der Rüstungsindustrie“ befördert, belohnte er im Zuge der nach ihm benannten „Gutermuth-Aktion“ die Vertrauensärzte mit leistungsab-

hängigen Prämien, die sie dazu brachten, mehr als 100 Kranke pro Tag zu „untersuchen“ und auf diese Weise 120 RM pro Tag zusätzlich zu verdienen.⁴⁰

Gutermuths Arbeits- und Führungsstil entsprach in kleinerem Maßstab dem Karl Brandts: Er schuf eine neue, von ihm so bezeichnete „Überbehörde“, verbot den Vertrauensärzten, den Dienstweg einzuhalten, konnte dank seiner ihm von Brandt verliehenen Nähe zum „Führer“⁴¹ große Geldbeträge als Machtmittel einsetzen, ohne sich um Kompetenzverteilungen kümmern zu müssen.⁴²

Als das Prämiensystem, wahrscheinlich aufgrund der massiven Proteste der niedergelassenen Ärzteschaft,⁴³ deren Einnahmen sanken, aufgegeben wurde, stieg der Krankenstand auf das frühere Niveau.

Ob die „Gutermuth-Aktion“ 1944 schließlich eingestellt wurde, weil Gutermuth am 01.09.1943 Chefarzt der „Aktion Brandt“ geworden war oder ob es sich umgekehrt verhielt, wird schwer herauszufinden sein.⁴⁴

Beide „Aktionen“, beide Arbeitsfelder Gutermuths sind durch einen inneren Zusammenhang miteinander verbunden, den der im Frühjahr 1945 die Ermittlungen gegen ihn auslösende amtierende Bürgermeister Wilhelm Hollbach mit den Worten umschrieb:

„Denkbar ist, dass es sich um die Senkung des Krankenstandes zu Gunsten der Kriegswirtschaft gehandelt hat. Gutermuth [soll, U. D.] in dieser Hinsicht ‚vorbildlich‘ gearbeitet haben.“ (ebenda)

Der „außengeleiteten“, erbarmungslosen, die Persönlichkeit des Kranken mißachtenden Musterung der Belegschaften lag dieselbe innere Logik zugrunde wie der Vernichtung der durch Krankheit und/ oder Kriegsverletzungen „unnütz“ gewordenen „Volksgenossen“. Die Alternative zum voll arbeitsfähigen Arbeitnehmer war radikal geworden: Wer nicht arbeiten konnte, durfte nicht nur nicht essen, er oder sie durfte nicht sein.

Unter Gutermuth waren in der „Sonderanlage“ Ärzte und Ärztinnen primär der Frankfurter Universitätskliniken, aber auch des Hospitals zum Heiligen Geist und des Hilfskrankenhauses St. Georgen tätig.⁴⁵ Die „Sonderanlage“ hatte mit 6,40 RM

– später 5,80 RM – den höchsten Pflegesatz, der in Frankfurt/Main überhaupt – an einigen Universitätskliniken – gezahlt wurde;⁴⁶ ihr Etat belief sich 1944 auf eine Million Reichsmark. Die Personalausstattung muß dementsprechend überdurchschnittlich gut gewesen sein; dem Personal standen im März 1945 immerhin 220 Betten zur Verfügung.⁴⁷ Zu ihm zählten auch drei ausländische, vom Heiliggeisthospital als Zwangsarbeiter rekrutierte Medizinstudenten, die als Pfleger arbeiteten.⁴⁸

Die Patienten der „Krankenhaus-Sonderanlage Aktion Brandt in Köppern“

Die Patienten der „Sonderanlage“ waren zu mindestens 75% zuvor Patienten der Frankfurter Universitätskliniken gewesen.⁴⁹ Zudem sind aus dem im Frühjahr 1944 fast gänzlich zerstörten Heiliggeisthospital und aus dem ihm einverleibten, gleichzeitig bombardierten Mutterschutz- und Säuglingsheim, Eschersheimer Landstrasse, Patienten nach Köppern verlegt worden. Die Belegung der „Sonderanlage“ bestimmte der Frankfurter Gesundheits- und Sozialdezernent und Senior der Stiftung Dr. Werner Fischer-Defoy; im „Katastropheneinsatz“, wenn also die Aufnahme auswärtiger Patienten anstand, gemeinsam mit dem Reichskommissar des Führers für das Sanitäts- und Gesundheitswesen. Wen Fischer-Defoy, dem zugleich die in städtischem Besitz befindlichen Universitätskliniken unterstanden, im Regelfall mit der Aufgabe der Patientenselektion betraute, ist noch ebenso wenig geklärt wie die Frage, durch wen sich Karl Brandt, der ebenso wie der Reichsgesundheitsführer Conti die „Sonderanlage“ einige Male besuchte, im alltäglichen, konkreten Fall vertreten ließ.

Zur „Euthanasie“ in Köppern

Die Untersuchungsergebnisse zu den in Köppern begangenen Krankenmorden können nicht vorgestellt werden, ohne sie auf die sehr heterogenen Quellen zu beziehen, auf die mich stütze:

Ein erster Hinweis auf Krankentötungen in Analogie zum Nitsche'schen Luminalschema findet sich in einem Bericht des Frankfurter Oberbürgermeisters an Brandt vom 19.05.1944 (Stadtarchiv, Archiv des Heiliggeistspitals), in dem von einer Vereinbarung die Rede ist, nach der Dr. Gutermuth die für die „Sonderanlage“ benötigten Medikamente stets aus Berlin mitbringe.

Zwei Monate später ist dem Gesundheitsamt des Hochtaunuskreises

„Wegen erheblich vermehrter Todesfälle infolge der Aktion Brandt ... das Bedürfnis nach einem neuen Friedhof dringend geworden.“ (Beck, 1987)

Kurze Zeit später wandte sich ein nationalsozialistischer Kreistagsabgeordneter, der, nachdem er sich heimlich Zugang zur ihm versperren „Sonderanlage“ verschafft hatte, die Leiche seiner Tochter neben anderen Leichen nackt auf dem Estrich eines Verschlages liegend vorfand, mit seiner Beschwerde an Gauleiter Sprenger.

Hofacker antwortete ihm:

„In Köppern werden sehr viele Leichen sezirt. Der Pathologe ... vom städtischen Krankenhaus Sachsenhausen ... nimmt an diesem Tage die Sezierung von 5-6 Leichen vor ... wir [haben, U.D.] ... keine Leintücher mehr. Wir müssen Papier verwenden ... Wir müssen jetzt die Leichen ohne Sarg beerdigen.

Der kleine, von früher vorhandene Leichenraum bietet Platz für zwei, allerhöchstens im Notfall für drei Leichen. Jetzt liegen in diesem Raum täglich 6-8 Leichen, sehr, sehr oft 10-16-18 Leichen.“ (Stadtarchiv, Archiv des Heiliggeistspitals)

Zwei Monate später – Köppern war inzwischen von der amerikanischen Armee befreit worden, Willi Gutermuth hatte sich mit seiner Familie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen⁵⁰ ins nahe gelegene Rodheim vor der Höhe abgesetzt, eine verwaiste Dorfpraxis zu übernehmen – entließ der seit einer Woche amtierende Bürgermeister Wilhelm Hollbach am 06.04.1945 Gutermuth aus seinen Ämtern, beantragte am 13.04. die Verhaftung dieses „ausgesprochene(n) Exponent(en) der nationalsozialistischen Führung“ und strengte gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Krankentötungen an (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2). Weil den ehemaligen Redakteur der von der nationalsozialistischen Regierung verbotenen „Frankfurter Zeitung“ die Ermittlungen der Frankfurter Kriminalpolizei „mit einem praktisch inhaltslosen Ergebnis“ nicht zufrieden stellten, installierte Hollbach einen Untersuchungsausschuß, der sich aus Personen zusammensetzte, die, wenn nicht sogar selbst in die „Aktion Brandt“, als Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Stadtgesundheitsamts zum überwiegenden Teil in andere nationalsozialistische Medizinverbrechen involviert waren.⁵¹

Dieser Bedrohung begegnete die Tätergemeinschaft in Köppern mit den ihr gemäßen Mitteln:

- Sie legte vor den Vernehmungen die Zeugenaussagen gemeinsam fest;
- sie beseitigte belastendes Material (s.o.);
- sie relativierte ihre Verbrechen, indem sie ihre Ubiquität behauptete und sie dadurch verharmloste, wobei sie – ausgerechnet – medizinische Praktiken des auf dem Gelände der Societas Jesu errichteten Hilfskrankenhauses St. Georgen⁵² als Beleg für die Ubiquität von Krankentötungen mit Morphinum und Strophantin anführte (Aussagen Dr. Richard Reich, Stadtarchiv, Archiv des Heiliggeistspitals, 5278);
- sie trennte sich vom dingfest gemachten Haupttäter und entlastete sich erfolgreich zu seinen Ungunsten.⁵³
- Darüber hinaus denunzierte Hofacker einen Kriegsaushilfsassistentenarzt der „Sonderanlage“: Seine Toxikomanie erkläre den überdurchschnittlich hohen Narkotikaverbrauch, eine Behauptung, die erst nach aufwendigen Ermittlungen widerlegt werden konnte.
- Die Tätergemeinschaft hielt auch dicht beim Untersuchungsgegenstand der Apothekenbücher: Schon immer habe man die Verzeichnisse über die bestellten, eingegangenen und ausgegebenen Medikamente weggeworfen, sobald deren Seiten vollgeschrieben gewesen wären.⁵⁴

Daß wir überhaupt etwas über die in Köppern begangenen Verbrechen wissen, verdanken wir im wesentlichen denjenigen, die der nationalsozialistische Staat bekämpfte: Neben Wilhelm Hollbach den ausländischen Zwangsarbeitern, von denen einer heimlich Tagebuch geführt hatte, einer Ärztin, die bezeugte, wie Gutmuth seine Studenten in der Universitätsklinik in die Technik der Tötung durch Luftinjektionen eingeführt hatte, einem Kriegsaushilfsassistentenarzt, der die „Sonderanlage“ bereits 1944 verlassen hatte, und jüdischen Ärzten.

Zwar ist das Tagebuch des cand. med. Richard Strobino offensichtlich nicht überliefert, Teile seines Inhalts sind jedoch bekannt:

Danach wurden die Köpperner Patienten mit Morphinum in Kombination mit Pernoc-ton, Novalgin und Scopolamin⁵⁵ oder durch Luftinjektionen getötet.

Der niederländische Medizinstudent, der selbst – vielleicht als Tatzeuge – auf dieselbe Weise ermordet werden sollte, durch die Befreiung aber in letzter Minute gerettet werden konnte, belastete Prof. Dr. Herbert Junghanns, an dessen grob unsachgemäß

ausgeführten Magenoperationen besonders viele Patienten gestorben sein sollen. Nach Ooms' Aussagen wurden im März 1944, als die meisten Frankfurter Krankenhäuser durch Bomben beschädigt waren,⁵⁶ und im April 1945 besonders viele Kranke getötet.

Die Aussagen der jüdischen Ärzte sind, da sie nicht überliefert sind, nur über die Reaktionen, die sie auslösten, rekonstruierbar. Zum einen hatte der im Mai 1945 in Mainz lebende Arzt Lutz Weißbecker offensichtlich als Häftling des AEL-Frankfurt-Heddernheim die „Sonderanlage“ mitaufgebaut. Zum anderen war wenige Wochen nach den letzten Krankemorden in der „Krankenhaus-Sonderanlage Aktion Brandt“ ein Displaced-Persons-Lager für „Theresienstadt-Heimkehrer“ – so der euphemistische Begriff – errichtet worden. Unter den „Flüchtlingen“, wie sie bezeichnenderweise genannt wurden, befand sich der Arzt Dr. Ewald Allschhoff, der über das, was er über die „Sonderanlage“ erfuhr, den Frankfurter Bürgermeister in einem vierseitigen Brief unterrichtete. Nachdem Bürgermeister Schlosser, ein 1933 als Sozialdemokrat aus seinem Amt als Bürgermeister vertriebener und nun wieder in seiner früheren Funktion kommissarisch installierter Arzt, zu den Vorwürfen Hofackers geschmacklose Stellungnahme eingeholt hatte,⁵⁷ ordnete er an, den Überlebenden des Ghettos Theresienstadt mit Polizeigewalt des Lagergeländes zu verweisen. Glücklicherweise widersetzte sich der diensthabende Arzt Schlossers Anweisung, indem er dem kranken, extrem traumatisierten und obdachlosen Arzt Transportunfähigkeit attestierte.

Daß die Ermittlungen Anfang Juli 1945, als Gutmuth auf Anordnung des Combined Intelligence Objectives Committee (CIC) aus dem Polizeigefängnis in das Darmstädter Internierungslager verbracht wurde, in dem er die folgenden drei Jahre bis zur Schließung des Lagers verblieb, ohne Ergebnis aufgegeben wurden, lag nicht am mangelnden Engagement Bürgermeister Wilhelm Hollbachs, der sich in seiner Amtszeit beinahe täglich dem Fall gewidmet hatte. Im Gegenteil: Wäre Wilhelm Hollbach nicht zur gleichen Zeit als amtierender Bürgermeister entlassen und durch Kurt Blaum ersetzt worden, wäre es ihm ob seiner Hartnäckigkeit wahrscheinlich endlich doch gelungen, die vielen Hindernisse, denen er sich bei seinen Ermittlungen konfrontiert sah, zu überwinden: den Zusammenhalt der Tätergemeinschaft wie die materiellen Schwierigkeiten, beispielsweise auf den vielen, in Frage kommenden Friedhöfen, Exhumierungen zu organisieren und unparteiische medizinische Gutachter zu finden, die bereit und in der Lage gewesen wären, sich kritisch mit der Universitätsklinik auseinander zu setzen.

Strafrechtlich wurde Gutmuth nicht mehr belangt; 1947 attestierte ihm die Universitätsklinik im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens „ein ausgezeichneter Arzt gewesen [zu sein] und ... sich nicht aktivistisch für die NSDAP eingesetzt“ gehabt zu haben (Personalakte).

Geradezu folgerichtig stufte ihn die Spruchkammer als Mitläufer (Gruppe IV) ein.

Makabrerweise ist den zahlreichen überlieferten Quellen zur „Aktion Brandt“ in Köppern das Wichtigste am wenigsten zu entnehmen:

Zu den Opfern der „Euthanasie“ in Köppern zählten „Evakuierte aus Aachen“, russische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter⁵⁸ und „offen Tuberkulosekranke“. Diejenigen Patienten, die – zwei Wochen nach der Befreiung – gerade getötet wurden, als die Kriminalpolizei eintraf, stammten aus zwischen Frankfurt/Main und Köppern gelegenen Orten, so Frau R., der die Diagnose Apoplexie gestellt worden war, Herr G., dem eine Pneumonie attestiert worden war und Frau Henriette G., eine Patientin mit einer psychiatrischen Diagnose (Psychose).

„Euthanasie“ als Hilfs-Instrument der medizinischen Wissenschaft und Forschung

Wie bereits dargelegt, wird unter der „Aktion Brandt“ gemeinhin die Tötung der „geisteskranken Platzhalter im Bedarfsfall“ (Aly, 1985, S. 57) verstanden, deren Leben dem nationalsozialistischen Staat weniger galt als das beispielsweise der „werdenden Mütter für die Zeit der Entbindung“, von denen im bereits zitierten Erlaß Brandts vom 08.10.1943 als höherwertigem Krankengut die Rede ist. In Frankfurt/Main verhielt es sich umgekehrt: Die „Platzhalter“ wurden malträtiert und immer wieder abgeschoben, offensichtlich aber nicht ermordet; zu Tode gespritzt wurden die zum höchsten Pflegesatz der Stadt untergebrachten Patienten einer Universitätsklinik.

Allgemein gilt die „Aktion Brandt“ als eines der vielen der deutschen Psychiatrie zuzurechnenden Verbrechen. Auch in dieser Hinsicht weicht die Frankfurter „Aktion Brandt“ vom gängigen Bild ab: Hier waren die Täter Internisten, Chirurgen, Röntgenologen und Gynäkologen einer Universitätsklinik, deren „guter Ruf“,⁵⁹ auf den sie „immer allergrößten Wert“ legte, angeblich „in der ganzen Welt“ verbreitet war.

Über den tieferen Sinn, der in Brandts an Oberbürgermeister Krebs gerichteten Bitte (Erlaß vom 20.01.1944) „... die Anlage wegen der mir notwendig erscheinenden Hilfe zur medizinischen Wissenschaft und Forschung als Ausweichanlage für die Universitätskliniken Frankfurt a.M. offen zu halten“, kann, so lange die Überlieferung derart lückenhaft ist, nur spekuliert werden. Möglich ist, daß die „unwert“ gewordenen Patienten mit ihrem Leben der „medizinischen Wissenschaft und Forschung“ in ähnlicher Weise „halfen“ wie Insassen der Konzentrations- und Vernichtungslager, d.h., daß an ihnen beispielsweise chirurgisch experimentiert wurde, was in dem abgelegenen Köpperner Gelände, ebenso wie die mit Sicherheit praktizierte Triage, leichter geheim gehalten werden konnte als in der Frankfurter Zentrale. Vielleicht wurde diese Konstruktion auch gewählt, um Willi Gutermuth die gleichzeitige Ausübung seiner drei Tätigkeiten zu ermöglichen.

Hätte sich die Frankfurter Universitätsklinik damit begnügt, sich und ihre Archive diesen Fragen zu öffnen, statt, wie in den vergangenen 50 Jahren, hochtrabend und abseitig ihre Bemühungen um „ihre Rehabilitierung vor der Welt“ zu proklamieren, kennten wir und sie ihr im „Dritten Reich“ offenbar einzigartiges,⁶⁰ wissenschaftliches und forschungspraktisches Interesse, als Krankenhaus eine nationalsozialistische „Sonderanlage“ zu betreiben.

Anmerkungen

¹ Der Krankenhausdezernent des LWVH.

² Rund 120 der 42,5 Meter langen und 12,5 Meter breiten Baracken konnten zwischenzeitlich an etwa 50 Orten identifiziert werden; es handelt sich um die „Sonderanlagen“ Altscherbitz, Ansbach, Bergstadt, Blankenburg, Bleidenstadt, Bunzlau, Conradstein, Erlangen, Großschweidnitz, Günzburg, Gugging, Hadamar, Hildburghausen, Kaufbeuren, Königslutter, Köppern, Klagenfurt, Kutzenberg, Loben, Lohr, Lüben, Lüttringshausen, Mainkofen, Marienheide, Mauer-Öhling, Meseritz-Obrawalde, Neustadt in Holstein, Pflaferode, Plagwitz, Regensburg, Rickling, Rinteln, Rothenburg I, Rothenburg II, Rybnik, Sachsenberg, Schussenried, Solbad-Hall, Stadtroda, Strecknitz, Tiegenhof, Troppau, Uchtspringe, Ueckermünde, Warta, Winnental, Zwiefalten.

³ So in den akribischen und langwierigen Diskussionen um die Definition der Selektionskriterien vor Beginn der „T4-Aktion“ (Daub, 1986).

⁴ So zuletzt von Rönn (1992), der angesichts der extrem niedrigen Überlebenschancen hamburger psychiatrischer Patienten auch in den regulären Ausweich- und Hilfskrankenhäusern (die Mortalitätszifferen liegen im Bereich der aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern bekannten) zu dem in der deutschen Forschungsliteratur einzigartigen Schluß kommt, bei der „Aktion Brandt“ habe es sich nicht um ein eigenständiges „Euthanasie“-Projekt gehandelt.

⁵ Nicht aufzufinden, bzw. nicht zugänglich sind bis heute die Akten der Frankfurter Kriminalpolizei aus dem Jahr 1945 (Eichler, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA), mündliche Mitteilung vom 17.12.1991) und die Krankenakten der in Köppern untergebrachten Patienten. Auch konnte ich keine Zeitzeugen auf Seiten der Opfer, die ich (noch) hätte interviewen können, ausfindig machen.
Herbert Bauch, Dr. Klaus Becker, Willi Dreßen, Dr. Volker Eichler, Dr. Sabine Fahrenbach, Eberhard Hoffmann, Holger Heupel, Herrn Nordmeyer, Prof. Dorothee Roer, Dr. Konrad Schneider, Christine Teller und Bernd Vorlaeufer-Germer, die mir Informationen zur Verfügung stellten, bin ich ebenso zu Dank verpflichtet wie dem Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main für seine finanzielle, dem Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstands 1933-1945 e.V. für seine administrative Unterstützung sowie Dr. Christoph Cobet, Peter Friedl, Georg Gabler, Margot Komann und Peter Liebermann für ihre kritischen Kommentare und Anregungen.

⁶ Damit war die „Euthanasie“ an eine ihrer Wurzeln zurückgekehrt: Sie hatte unter den nicht-jüdischen Deutschen diejenigen erreicht, mit deren Ermordung sie unter der Voraussetzung der polnischen Nationalität ihrer Opfer vier Jahre zuvor im Posener Fort Nr. VII (Olszewski, 1973, S. 78) einen ihrer Anfänge genommen hatte.

⁷ Vermutlich, weil er die Akten der Parteikanzlei (IfZ, 1983-1990) nicht rezipierte.

⁸ Der Reichsbeauftragte für die Heil- und Pflegeanstalten, die Gesundheitsabteilung des Reichsinnenministeriums generell, die T4-Zentrale, die Führungsschicht der von ihr beauftragten psychiatrischen Gutachter und „Euthanasie“-Ärzte, die Gekrat.

⁹ Prof. Dr. Karl Brandt (* 8.1.1904 in Mühlhausen, am 2.6.1948 in Landsberg hingerichtet), zuletzt SS-Gruppenführer und Generalmajor der Waffen-SS, war von 1934 bis 1944 einer der Begleitärzte Hitlers.

¹⁰ Daß die „Aktion Brandt“ an (psychiatrische) Heil- und Pflegeanstalten geknüpft wurde, hatte m.E. dagegen eher äußerliche, organisatorisch-logistische Gründe. Vgl. dazu den geheimen Erlaß der Reichsleitung der NSDAP, Prof. Dr. Brandt, an die Reichsleiter, Gauleiter und Verbände Führer vom 08.10.1943:

„Auf Veranlassung von Reichsleiter Bormann ... teile ich Ihnen folgendes mit:
... Es stellte sich heraus, dass Neubauten, besonders wegen Materialschwierigkeiten nicht oder nur bedingt in Form von bestimmten Krankenbaracken-Typen geplant oder hergestellt werden können. Diese Zusatzgebäude müssen demnach angeschlossen werden an Heil- und Pflegeanstalten und dergleichen, die geländemässig und in Bezug auf ihre Entfernung von den bestimmten luftgefährdeten Städten günstig gelegen sind. Die Bereitstellung derartiger Anstalten erfolgt im Einvernehmen mit dem Sonderbeauftragten im Reichsinnenministerium (Dr. Linde) [sic]. Die Kosten für die Verlegung von Patienten zur Freimachung dieser Anstalten werden bis zu späterer Verrechnung mit dem Reich durch die Gemeinnützige Transport [sic] G.m.b.H. Berlin getragen.“

Zweck dieser Massnahme ist also zunächst, Krankenhäuser in luftgesicherter Lage für bestimmte Städte zu erhalten, dann aber auch ... Anstalten als Basis für die barackenmäßigen Erweiterungsgebäude zu benutzen, um so jetzt schwer zu beschaffende technische und sanitäre Anlagen zu ersparen ... Diese zweckmäßige Maßnahme wird infolge der Verlegung von Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten in andere Heime in bestimmten Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Unruhe hervorrufen. Da die Patienten aber tatsächlich nur für die Kriegsdauer verlegt werden, werden deren Angehörige über den neuen Aufenthaltsort auch vorher unterrichtet. Es soll auch ermöglicht werden, daß ... die Kranken weiter besucht werden können ... Es erscheint angebracht, dass in den örtlichen Tagespressen der betroffenen Städte die Gründe dieser Gesamtmaßnahme propagandistisch besprochen werden ... Es wird ... möglich sein, durch diese Aufklärung eine schon vorhandene Beunruhigung zu mindern und Gerüchte zu entkräften ...“.

¹¹ Darin stimmt er mit Aly überein.

¹² Da in den vergangenen Jahren etliche der durch den Massenmord „geleerten“ Anstalten aufgelöst worden waren.

¹³ „Die Täter nannten diese Verbindung von Anstaltstötungen mit einer möglichst guten medizinischen Versorgung körperlich Verletzter nicht ‚wilde Euthanasie‘, sondern – ganz zu Recht – ‚Aktion Brandt‘.“ (Aly, 1985, S. 57)

¹⁴ Von Personen, die in der Forschungsliteratur in der Regel mit dem mißverständlichen Begriff „Zivilbevölkerung“ belegt werden.

¹⁵ Der Erlaß des RMdI vom 05.08.1942 ist dafür ein typisches Beispiel.

¹⁶ Am schärfsten der auch am schlimmsten getroffene Reichsgesundheitsführer Conti.

¹⁷ So beispielsweise die Reichsministerien für Propaganda und für Bewaffnung und Munition.

¹⁸ Vom Leibarzt (1934) zum von Hitler persönlich zur „Euthanasie“ Ermächtigten (1939, zum entscheidungsbefugten Beauftragten für „Sonderaufgaben und Verhandlungen zum Ausgleich des Bedarfs an Ärzten, Krankenhäusern, Medikamenten usw. zwischen dem militärischen und dem zivilen Sektor des Sanitäts- und Gesundheitswesens“ (1942), zum Generalkommissar des Führers für das Sanitäts- und Gesundheitswesen (1943), schließlich zum Reichskommissar (1944).

¹⁹ Es dürfte keine Kleinigkeit gewesen sein, das immense Bauprogramm unter Bedingungen des „totalen Krieges“ realisieren zu wollen.

²⁰ So u.a. der Bericht des Stadtgesundheitsamts an den Herrn Oberbürgermeister vom 03.11.1942 (Archiv des Heiligeistspitals).

²¹ Was die Identität der zwei übrigen Sonderanlagen anbelangt, ist weder klar, ob die nächstgelegene, aber nicht fertig gestellte „Sonderanlage“ in Bleidenstadt (heute: Taunusstein), die, so der OT-Abwicklungsbeauftragte Schubert in einem Aktenvermerk vom 01.10.1947 (HHStA, 519/V – 3107 – 270), „... weit größere Ausmasse annehmen sollte“ als Köppern, zu den Frankfurter „Sonderanlagen“ zählte, noch, wo möglicherweise die dritte „Sonderanlage“ errichtet werden sollte; vielleicht im ebenfalls im Taunus gelegenen

Eppenhain, in dem der Träger der Köpperner „Aktion Brandt“ ein Kinderheim unterhielt, das er aufgeben und einer geheim gehaltenen Nutzung zuführen wollte.

²² Das für das Gesundheitswesen zuständige Magistratsmitglied war und ist Senior(in) der auf das Jahr 1270 zurückgehenden, und damit ältesten Frankfurter Stiftung.

²³ Das Hospital zum Heiligen Geist war auf diesem Gebiet der größte Profiteur in der Stadt, auch wenn die gleichsam „offizielle“ Stadtgeschichtsschreibung die Stiftung zum Opfer nationalsozialistischer Politik zu stilisieren versucht: „Die stiftungsfeindliche Politik der Nationalsozialisten brachte das Hospital in ernsthafte Bedrängnis. Durch das Eingreifen von Oberbürgermeister Krebs konnte gleichwohl im Sinn des alten Stiftungsauftrages weiterhin in eigener Regie dem Gemeinwohl gedient werden ...“ (Koch, in: Lerner et al., 1989, S. 9).

²⁴ Die Siechenabteilung Kronthal, das Altenheim Teichmühle, die Rekonvaleszentenanstalt Hohenwald, die Hofgüter Hohenwald und Schaffhof, das Genesungsheim in Oberstedten.

²⁵ „Das Pflégamt hat frühzeitig [1931, U.D.] erkannt, daß zur Entlastung ... der ... Krankenanstalten ... Unterkunftsmöglichkeiten für chronisch Kranke und Sieche besonders notwendig sind. Diese Kranken blockieren erfahrungsgemäß die für andere Zwecke notwendigen Betten in den Krankenhäusern.“ (Lohne, in: Lerner et al., 1989, S. 267)

²⁶ „Die Gemeinde bedauert, dass man von der früheren Anstaltsform (Krankenhaus) zu der jetzigen Form (Pflegeanstalten) übergegangen ist. Die zum Teil körperlich behinderten Anstaltsinsassen sind ... Bestrebungen mit dem Ziele der Fremdenverkehrswerbung ... abträglich. Auf dem Gemeindefriedhof fällt die Gleichförmigkeit der Gräber von Anstaltsinsassen auf ... Die Gräber nehmen mehrere Reihen in Anspruch. Die Gemeinde sah sich veranlasst, weitere Beerdigungen abzulehnen, da sonst der Friedhof in aller Kürze voll belegt wäre. (Bericht des Rechnungsprüfungsamts der Stadt Frankfurt am Main vom 29.12.1941 über die Prüfung der Angelegenheit: Örtliche Leitung der Pflegeanstalten in Köppern: (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2, S. 6))

²⁷ Auch in Hohenwald hielten russische Zwangsarbeiterinnen und französische Kriegsgefangene den Betrieb aufrecht.

²⁸ Vorlaeufer-Germer, mündl. Mitteilung.

²⁹ Zur Rolle der Firma Philipp Holzmann AG beim Bau nationalsozialistischer Konzentrationslager und zu den vergeblichen Versuchen der Claims Conference, die Firma nach der Befreiung zu Lohn- und Entschädigungszahlungen für die bei ihr dabei beschäftigten jüdischen Sklavenarbeiter und -arbeiterinnen zu bewegen, vgl. Ferencz, 1986, S. 54 und S. 223 f.

³⁰ Schreiben Stadtrat Prestels an den Magistrat vom 10.07.1950.

³¹ Bauch (mündl. Mitteilung) ist der Meinung, daß zumindest einige dieser Abteilungen nur auf dem Papier standen. Fakt ist, daß die „Sonderanlage“ zwar erst Ende 1944 ihre Endausbaustufe erreichte, da erwiesenermaßen Fachärzte und -ärztinnen dieser medizinischen Spezialisierungen (mit Ausnahme der Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten) in der „Sonderanlage“ tätig waren, besteht kein Grund, die Existenz dieser Abteilungen in Zweifel zu ziehen.

³² An diesem Topos entzündete sich einer der vielen Konflikte um Brandts General-, bzw. Reichskommissariat: Gegen die Kommunalisierung war aus nachvollziehbaren Gründen der Reichsfinanzminister, als Befürworter der Kommunalisierung traten die Mitarbeiter der Gesundheitsabteilung im RMdI auf, war sie ihnen doch als ein Mittel der Verkleinerung von Brandts Einflußsphäre hochwillkommen.

³³ So im Aktenvermerk des RMdI – IV a 3 No. 100 III/44 vom 26.04. 1944 (BAR 18/1511): „Besonders befremdlich ist, daß ... Krankenhäuser ... vom Generalkommissar ... von ihm selbst, also von einer Reichszentralstelle, betrieben werden sollen.“

³⁴ Vgl. u.a. das an den Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Friedrich Krebs gerichtete Dankschreiben vom 23.08.1943: „Der Generalkommissar des Führers für das Sanitäts- und Gesundheitswesen Prof. Dr. Brandt dankt Ihnen nochmals für die bereitwillige Überlassung des Herrn Hofacker, der hier ausgezeichnete Arbeit geleistet hat.“ (Stadtarchiv 8414/3, Bd. Nr. 2, S. 138)

³⁵ Schreiben Hofackers, der nach wie vor als Verwaltungsdirektor fungierte, an Stadtrat Schlosser vom 31.12.1945: Bericht über das Krankenhaus Köppern: Umwandlung der Pflgeanstalt in ein Krankenhaus (Archiv des Heiliggeistspitals).

³⁶ So Hofacker am 22.02.1946 (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2, S. 281 ff.).

³⁷ So bezogen bspw. „Kriegsaushilfsassistentenärzte“ mit 600,- RM p.m. mehr als ein durchschnittliches Oberarztgehalt, das 1943 in Frankfurt/Main bei 530,- RM lag und damit fast fünf Mal soviel Gehalt wie außerhalb der „Sonderanlagen“ angestellte Hilfsassistentenärzte, die durchschnittlich 125 RM verdienten. (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/4, Band Nr. 3)

³⁸ So Gutermuths Lebenslauf am Ende seiner sieben DIN-A-5-Seiten umfassenden Dissertation.

„Leider wurde in der verflossenen Zeit so oft Dienstliches mit Parteimäßigem verwechselt ...“ schrieb Gutermuth fünf Jahre später dem amtierenden Frankfurter Bürgermeister Hollbach und fuhr fort: „Ich habe die Lage, in der ich mich jetzt befinde, nicht verdient.“ (Schreiben vom 04.05.1945, Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2).

³⁹ Nonnenbruch (1887-1955), den Hammerstein (1989, S. 351 f.) als „unpolitischen Menschen“ charakterisieren zu müssen glaubt, war SS-Hauptsturmführer. Er wurde nach der Befreiung verhaftet und entlassen.

⁴⁰ Pro zusätzlicher Untersuchung wurde ihnen 2,- RM vergütet, ein Betrag, der dem durchschnittlichen Pflegesatz in der Köpperner Pflgeanstalt entsprach. Gutermuth selbst deklarierte gezwungenermaßen – sein Arbeitgeber hatte sich über seine häufige, unentschuldigte Abwesenheit vom Dienst beschwert – seine zwischen dem 01.01.1943 und dem 31.07.1944 erzielten Nebeneinnahmen mit 2.900,- RM, dem halben Jahresgehalt eines Oberarztes (Personalakte).

⁴¹ „Gutermuth hat am 09.12.44 ... anlässlich einer Besprechung, bei der Oberbürgermeister Krebs, OVD Hofacker und Verwaltungsleiter Knab anwesend waren, erklärt: Im Gesundheitswesen Deutschlands kommt erst der Führer, dann Brandt, dann ich.“ (Schreiben des amtierenden Bürgermeisters Hollbach an den Polizeipräsidenten vom 23.05.1945, Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2)

⁴² Vieles deutet darauf hin, daß sowohl Brandt als auch Gutermuth ihren Beruf mit Leidenschaft ausübten. Beiden war jedenfalls gemeinsam, daß sie ihren Funktionsverlust in der Medizin nur schwer ertrugen: Karl Brandt, 1945 in „politischer Haft“ in einem Internierungslager bei Usingen (im Hintertaunus), wohnte in dieser Zeit gelegentlich Operationen im Köpperner Krankenhaus bei (so Hofacker in: 8414/3, Band Nr. 2, S. 281 ff.), Gutermuth versuchte im Polizeigefängnis, Mithäftlingen ärztliche Atteste auszustellen (ebenda).

⁴³ Aber nicht nur dieser, vgl. dazu die Beschwerde des Leiters der Deutschen Arbeitsfront, Ley, vom 01.06.1944, an Brandt, die Staatssekretär Klopfer auf Anordnung von Reichsleiter Bormann Reichsminister Lammers zu dessen persönlicher vertraulicher Unterrichtung über Staatssekretär Kritzingen schickte, in der es heißt, Dr. Gutermuth sei in den Betrieben wie ein Elefant im Porzellanladen aufgetreten, und, einen Monat später, den Entwurf eines Schreibens Bormanns über die Konflikte zwischen Ley einerseits, Brandt und Gutermuth andererseits, „das ich zur Klärung der immer verworrener werdenden Verhältnisse an Prof. Dr. Brandt zu senden beabsichtige“. In diesem Schreiben, das Bormann am 06.07.1944 Lammers mit der Bitte um Stellungnahme schickte, bezichtigte Bormann Brandt der Amtsanmaßung: „Sollte Prof. Dr. Brandt seine rücksichtslose Praxis auch nach Erhalt dieses Schreibens fortsetzen, wird es notwendig sein, die Angelegenheit ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen dem Führer vorzutragen.“

⁴⁴ Sicher ist, daß Brandt Gutermuth offen protegierte. „In den Luftschadensgebieten ... werde ich – soweit notwendig – Beauftragte einsetzen, die im Benehmen mit den zivilen und militärischen Stellen die Steuerung in der Belegung des ... Bettenraumes ... übernehmen. Namen und Zuständigkeitsbereiche solcher Beauftragter teile ich Ihnen jeweils mit“ hatte Brandt am 17.06.1943 den Reichsinnenminister wissen lassen, ein Beispiel für das, was seine Gegner als Amtsanmaßung skandalisieren wollten. Noch bevor Gutermuth selbst sein Einverständnis erklärt hatte, war seine Einstellung als ein solcher Beauftragter als *conditio sine qua non* im Schenkungsvertrag festgelegt worden.

⁴⁵ Dokumentarisch überliefert ist die Arbeit von 28 Krankenschwestern und -pflegern sowie von fünf Ärzten, die alle der NSDAP angehörten, Prof. Dr. Heinrich Guthmann, der 1939 zum Leiter der Universitäts-Frauenklinik berufen worden war, 1944 vom stellvertretenden Dekan zum Dekan der Medizinischen Fakultät aufrückte und Dozentenbundesführer des NS-Dozentenbunds war, Dr. Heinrich Hörlein (* 29.12.1915), Dr. Herbert Junghanns (* 15.11.1902), der 1943 eine Professur an der Chirurgischen Universitätsklinik erhielt und 1962 Leiter des Unfallkrankenhauses in Frankfurt/Main wurde, Dr. Richard Reich (* 10.07.1911), Mitglied der Bekennenden Kirche, Dr. Fritz Zepf (* 27.07.1914) und von zwei Ärztinnen, der Röntgenologin Barbara Hintze (* 23.08.1906) und der Chirurgin Dr. Charlotte Mahler, die 1946 Chefärztin im Bürgerhospital wurde.

⁴⁶ Mit einem niedrigeren Pflegesatz hätten höchstwahrscheinlich die Kosten für die überdurchschnittlich hohen Gehälter nicht erwirtschaftet werden können.

⁴⁷ Die „Sonderanlage“ war als ein tatsächlich „luftgeschütztes“ Gebiet nicht nur als Arbeitsplatz, sondern auch als Wohnort der Ärztefamilien äußerst beliebt.

⁴⁸ Adrian Ooms, * 1922, aus Eindhoven, Richard Strobino, * 25.03. 1922, aus Nizza und ein Herr Coignet.

⁴⁹ Hinweise auf Patientenverlegungen aus der Frankfurter Universitäts-Nervenlinik habe ich nicht gefunden.

1945 wurden nach Auskunft des Leiters des Stadtarchivs Friedrichsdorf, Dr. Zimmermann (Schreiben vom 25.02.1991 an Bernd Vorlaeufer-Germer) „größere Mengen Archivmaterialien in einer Köpperner Spinnerei verbrannt“. Krankenakten wurden im April 1945 in die Universitätsklinik gebracht.

⁵⁰ „... er sagte, politisch nicht besonders exponiert gewesen zu sein ...“ (Schreiben des Rodheimer Bürgermeisters an den Polizeipräsidenten in Frankfurt/Main vom 07.05.1945, Stadtarchiv, Magistratsakten 8414/3, Band Nr. 2)

⁵¹ Diesem von Oberlandesgerichtsrat Zybell geleiteten Untersuchungsausschuß gehörten an: Dr. Reineck als amtierender Amtsarzt, Dr. Anneliese Panhuysen, Dr. Hildegard von Staa, Obermedizinalrat Dr. Josef Widmann, Carl Hofacker und Anny Nickel als Protokollantin.

⁵² Eines Ordens, der im Frankfurt des „Dritten Reiches“ als ein Hort antifaschistischer Resistenz galt. Einige der dort lebenden Jesuiten waren verhaftet worden, weil sie Abschriften der Predigten des Kardinals Clemens August Graf von Galen gegen die „Euthanasie“ in ihren Nachtschränken aufbewahrt hatten (Mündliche Mitteilung des Leiters des Frankfurter Domarchivs Herrn Kaplan Kinkel, 1988).

⁵³ Gutermuth zog – nicht unklug taktierend – wider Erwarten Nutzen aus diesem scape-goating, indem er den ermittelnden Richter dafür blamierte, daß jener den Projektionen der Komplizen aufgesessen war:

„Wenn gegen mich der Verdacht erhoben wird, dass ich ... Euthanasie getrieben hätte, so muss ich sagen, dass davon nicht im geringsten die Rede sein kann. Als Chefarzt hätte ich allerdings an sich die Möglichkeit gehabt, durch allgemeine Anordnung oder auch im Einzelfall die Verabfolgung von tödlichen Dosen von Narkotika zu veranlassen, aber die Verabfolgung selbst hätte dann ... stets in der Hand des Stationsarztes oder der Schwester gelegen, so dass ... stets Mittäter und Mitwisser vorhanden gewesen wären ... wäre ich Anhänger der Euthanasie, dann hätte es die Konsequenz verlangt, bei all diesen Patienten mit tödlichen Dosen von Narkotika vorzugehen, was aber, wie ich höre, nicht behauptet wird. Wie unberechtigt der Vorwurf ist, ergibt sich auch daraus, dass ich in allen Todesfällen grundsätzlich auf Sektion gedungen habe ... und dass ich ständig, wenn ich mit meinem Wagen nach Frankfurt fuhr, Leichenteile zum Pathologischen Institut ... mitgenommen habe. Dies wäre nicht verständlich, wenn ich Euthanasie getrieben hätte.“ (Protokoll der Vernehmung vom 24.04.1945, Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Bd. Nr. 2)

Gutermuth selbst wurde unterstützt von zehn, überwiegend aus Langenselbold stammenden Bürgern und Bürgerinnen, die zu seinen Gunsten eine Unterschriftensammlung organisierten und von Dr. W. Höpker, einem Arzt der Medizinischen Universitätsklinik (Stadtarchiv, Magistratsakten 8414/3, Band Nr. 2).

⁵⁴ So das Vorurteil über die Männer entwaffnende weibliche Unschuld und Naivität ausnutzend, die Leiterin der Apotheke, Emmy Hofacker, und die Stationsschwester Lischen Laicher.

⁵⁵ Als Beispiele für gebräuchliche Dosierungen werden angegeben: 20 ccm 4%iges Morphinum und Pernocton; 4 ccm 2%iges Morphinum und 4 ccm Pernocton; S.E.E.; 16 ccm Morphinum innerhalb von 24 Stunden; Drei Mal 2 ccm Novalgin und 2 ccm Morphinum;

5 ccm 4%iges Morphinum, 1 ccm 2%iges Morphinum und 0,5 ccm Scopolamin und, wenige Stunden später, 4 ccm Morphinum und Pernocton.

Die Kombination von Morphinum und Scopolamin wurde als Narkosemethode 1900 von Schneiderlin zum ersten Mal angewandt. Scopolamin führt zur Lähmung der Sekretionsorgane, der Organe mit glatter Muskulatur und der Endapparate sensibler Nerven.

„... – 1 mgr. Scopolamin [macht, U.D.] am gesunden Menschen subkutan injiziert, folgende Symptome: Schon in 8 Minuten werden die Lider schwer, die Pupillen fangen in 10 Minuten an sich zu erweitern, der Kopf sinkt um, Müdigkeit der Glieder, Trockenheit im Munde, Abgeschlagenheit tritt ein, der Gang wird schwankend, der Puls fällt um einige Schläge. Darnach tritt fester Schlaf ein ... Bisweilen tritt starkes Schwindelgefühl, hochgradige motorische Unruhe, mit Verwirrung ein ... In der deutschen Pharmakopoe beträgt die Maximaldosis 1 mgr, doch wurde schon nach dieser Dosis Tod im Kollaps beobachtet ... Der Blutdruck wird durch ... grosse Dosen ... stark erniedrigt. Es beruht dies ... auf einer Schädigung des exzomotorischen Apparates des Herzens ... Bei grossen Gaben tritt ... Verringerung der Pulsfrequenz und Grösserwerden der Pulselevationen ein ... Scopolamin [ruft, U.D.] selbst in kleinen Dosen bei Menschen ... Schlaf hervor, dem motorische Unruhe, wahrscheinlich auf Hallucinationen beruhend, vorausgehen ... bei grossen Gaben ist eine Schädigung [der Respiration, U.D.] stets zu beobachten. Die Speichel-, Schleim und Schweisssekretion wird durch Scopolamin aufgehoben ... Scopolamin lähmt die motorischen Endapparate des nervus vagus im Darm ... durch grosse Gaben [von Morphinum, U.D.] wird der Herzschlag verlangsamt ... Durch sehr toxische Gaben tritt Lähmung des nervus vagus ein ... Bei sehr grossen Gaben sinkt indess auch der Blutdruck ... Bei zunehmender Wirkung erlahmt die Erregbarkeit des Grosshirns immer mehr, es tritt fester, nicht abwendbarer Schlaf, dann eigentliche Bewusstlosigkeit, schliesslich tiefes Coma ein. Allmählich schreitet die Lähmung auch auf das verlängerte Mark fort ... bei toxisch wirkenden Gaben tritt Lähmung des Atemzentrums ein, die Atmung stockt schliesslich ... Die Darmperistaltik wird gehemmt.“ (Marum, 1906, S. 25 ff.)

⁵⁶ „Die Siechen liegen in den OSUs [Obdachlosensammelunterkünfte, U.D.] und sind überall zur Last. Deshalb muss für ihre rasche Unterbringung irgendwie gesorgt werden“ hatte Stadtrat Dr. Fischer-Defoy auf der Besprechung des Oberbürgermeisters mit den Ratsherren am 11.05.1944 gefordert und sein Stellvertreter, Dr. Rudolf Prestel, trug in der Besprechung beim Oberbürgermeister am 31.07.1944 vor: „Es ist häufig der Fall, dass alle Bunkerbetten im städtischen Krankenhaus Sachsenhausen mit frischoperierten Kranken belegt sind und eine Abbeförderung nach der Krankenhaussonderanlage Köppern nicht möglich ist, weil auch dort freie Krankbetten nicht vorhanden sind.“

„Die Universitätskliniken konnten nur noch 30 Prozent ihrer ursprünglichen Kapazität belegen. Die Kinder-, Haut-, Frauenklinik ... waren vernichtet.“ (Hammerstein, 1989, S. 533)

⁵⁷ Hofacker scheute sich nicht, wie sein ehemaliger Vorgesetzter Dr. Fischer-Defoy zu argumentieren, der in seinen Spruchkammervorfahren geltend machte, zur Organisation der Frankfurter Judendeportationen habe er nur das beste fürsorgliche Personal eingesetzt: „Zu [sic] Abholung in Theresienstadt habe ich ... persönlich 4 der besten Schwestern mit nach Theresienstadt entsandt.“ (8414/3, Band Nr. 2, S. 281 ff.)

⁵⁸ Ob es sich um Personal der zahlreichen Institutionen des Hospitals zum Heiligen Geist handelte oder um Kranke, die aus einem 1943 aus fünf Baracken bestehenden, auf dem Gelände der Frankfurter Universitätsklinik errichteten Lager für kranke „Ostarbeiter“ dorthin verlegt worden waren, ist ungewiss.

Den Hinweis auf die in der „Sonderanlage“, in der man, so Dr. Allschhoff, Ausländer wie „Arbeitsvieh“ behandelt hatte, ums Leben gebrachten Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen verdanke ich Eberhard Hoffmann (Schreiben vom 25.09.1991), der herausgefunden hat, daß in etwa 14 versteckt liegenden Gräbern des Waldfriedhofs Friedrichsdorf-Köppern einige der Leichen dieser Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, von denen sieben namentlich identifiziert werden konnten, beerdigt wurden.

⁵⁹ So Dr. W. Höpker in seinem am 05.05.1945 an den Frankfurter Polizeipräsidenten gerichteten Schreiben, das von der Sorge um die „Rehabilitierung der deutschen Wissenschaft vor der Welt“ getragen war, und in dem Höpker fortfuhr: „Es ist das Bestreben ... immer gewesen, die Angehörigen der Klinik nicht nur zu strenger wissenschaftlicher Sachlichkeit, sondern auch zu bestem sittlichen Arztum zu erziehen. Jedes Experimentieren an Kranken, bei dem auch nur die Möglichkeit einer Schädigung für diese bestehen könnte, stand in schärfstem Widerspruch zu den Prinzipien aller unserer Lehrer ...“ (Stadtarchiv, Magistratsakte 8414/3, Band Nr. 2).

⁶⁰ Zur Ermordung von deutschen, nicht-jüdischen Patientinnen einer weiteren Universitätsklinik im deutschen „Altreich“, vgl. die neuerlich publizierten Forschungsergebnisse über das hamburger Universitätskrankenhaus Eppendorf (Pfäfflin, 1988 und 1989).

Literatur

- Aly, G. (1985). Die „Aktion Brandt“ – Katastrophenmedizin und Anstaltsmord. In: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 1, S. 56-74.
- Beck, H.-W. (1987). Friedhöfe in Friedrichsdorf: „Sonderaktion Brandt“. In: Taunus-Zeitung vom 25.06.1987.
- Bundesarchiv Koblenz, Aktenbestand BA R 18/1511.
- Daub, U. (1986). NS-Verbrechen: „Aus Liebe und Mitleid“. In: Pflasterstrand, Heft 233, S. 16 f.
- Daub, U. & Becker, K. (1991). Die letzte der Phase der „Euthanasie“ in Frankfurt am Main. Das Waldkrankenhaus Köppern als Ausweichkrankenhaus der „Aktion Brandt“. Ref., gehalten am 19.04. 1991 auf der Tagung des Arbeitskreises zur Aufarbeitung der Geschichte der „Euthanasie“ und der Zwangssterilisierung in Frankfurt/Main.
- Dörner, K. (1967). Nationalsozialismus und Lebensvernichtung. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 15, S. 121-152.
- Ferencz, B.B. (1986). Lohn des Grauens. Die Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter – Ein offenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte. Frankfurt/Main und New York.
- Gutermuth, W. (1940). Ueber das Ineinandergreifen von Glykose und Oxydation bei der Zuckerverbrennung in der Zelle. Diss. med., Frankfurt/Main.
- Hammerstein, N. (1989). Die Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule. Band I, 1914 bis 1950, Frankfurt/Main.
- Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden. Aktenbestand 519/V-3107-270.
- Hintze, B. (1949). Ueber einen Fall von tabischer Arthropathie. Diss. med., Frankfurt/Main.
- Hörlein, H. (1942). Pharmakologische Untersuchungen über das Xanthoperin. Diss. med., München.
- Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.) (1983-1990). Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verloren gegangenen Bestandes. München.

- Junghanns, H. (1927). Über Dauererfolge der supracondylären Keilosteotomie des Femus bei Grenu valgum – nebst einigen Bemerkungen zur Ätiologie und Pathologie dieser Deformität. Diss. med., Leipzig.
- Klee, E. (1990). Der alltägliche Massenmord. Die „Euthanasie“- Aktion war der Probelauf für den Judenmord – Der Kreis der Opfer wurde bis Kriegsende immer erweitert. In: Die Zeit. Nr. 13, vom 23.03.1990, S. 49 f.
- Knödler, U. (1989). Der Kranke und sein Kontrolleur – Der vertrauensärztliche Dienst im Krieg. Ref., gehalten auf dem Internationalen Wissenschaftlichen Symposium der Ärztekammer Berlin „Gesundheitsreform und Vernichtung. Medizin in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus“ am 18.05.1989 in Berlin.
- Knödler, U. (1991). Von der Reform zum Raubbau. Arbeitsmedizin, Leistungsmedizin, Kontrollmedizin. In: Frei, N. (Hrsg.) (1991). Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit. München, S. 113-136.
- Landeswohlfahrtsverband Hessen (1987). Protokoll der Verbandsversammlung des LWV vom 16.07.1987, Punkt 3, Verschiedenes.
- Landeswohlfahrtsverband Hessen (1988). LWV-Pressedienst. Presseerklärung vom 12.01. 1988.
- Lerner, F. & Krämer, L. & Lohne, H. (1989). Das Hospital zum Heiligen Geist. Grundzüge seiner Entwicklung. Koch, R. (Hrsg.). Kelkheim.
- Marum, A. (1906). Über den Verbrauch von Chloroform und Äther mittelst des Roth Draegerschen Apparates. (Nach König modifiziert.) Mit und ohne vorhergegangene Morphinum Skopolamininjektion. Diss. med., Freiburg.
- Maurer, J. (1955). Das Werden und Entstehen der „Frankfurter Nervenheilanstalt“ bzw. des heutigen „Waldkrankenhauses bei Köppern im Ts.“, geschildert von Dachdeckermeister Maurer, teils durch Überlieferung, grösstenteils jedoch durch Selbsterlebnis, Köppern im Ts.. In: Stadtarchiv Frankfurt am Main, Archiv des Heiliggeistspitals Nr. 5279, S. 21 ff.
- Olszewski, M. (1973). Straty i Martyrologia Ludnosci Polskiej w Poznaniu 1939-1945. Poznan, S. 82 ff.
- Pfäfflin, F. u.a. (1988). Todesfälle bei Frauen mit der Diagnose Schizophrenie im Sommer 1943. In: Pfäfflin, F. u.a. (Hrsg.). Der Mensch in der Psychiatrie. Festschrift für Jan Groß. Berlin, S. 147-165.
- Pfäfflin, F. u.a. (1989). Die PNK im Kontext der „Euthanasie“. In: van den Bussche, H. (Hrsg.). Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Band 5). Berlin und Hamburg, S. 306-346.
- von Rönn, P. (1991a). Zum indirekten Nachweis von Tötungsaktivitäten während der zweiten Phase der NS-„Euthanasie“. Das Beispiel der Langenhorn Patienten in Königslutter. In: Recht und Psychiatrie. Heft 1, S. 8-13.
- von Rönn, P. (1991b). Auf der Suche nach einem anderen Paradigma. Überlegungen zum Verlauf der NS-„Euthanasie“ am Beispiel der Anstalt Langenhorn. Recht und Psychiatrie. Heft 2, S. 50-56.
- von Rönn, P. (1991c). Von der gesundheitspolitischen Marginalisierung zur „Euthanasie“. Die Anstalt Langenhorn und ihre Insassen im NS-Staat. In: Bajohr, F. & Johe, W. & Lohalm, U. Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne. Hrsg. von der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 27). Hamburg 1991, S. 269-284.
- von Rönn, P. (1992). Überlegungen zur NS-„Euthanasie“ am Beispiel der Anstalt Hamburg-Langenhorn. Ref., gehalten auf der Frühjahrstagung des Arbeitskreises zur Aufarbeitung der Geschichte der „Euthanasie“ und der Zwangssterilisation am 02.05.1992 in Rotenburg an der Wümme.

- Schmuhl, H.-W. (1987). Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, 1890 – 1945, (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 75). Göttingen.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Archiv des Heiliggeistspitals, Nr. 5233: Haushaltsplan für 1944: Einzelplan III: Krankenhaus Köppern, Jahresrechnung 1944.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Archiv des Heiliggeistspitals, Nr. 5276: Jüdische KZ-Heimkehrer.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Archiv des Heiliggeistspitals, Nr. 5277: Entstehungsgeschichte des Waldkrankenhauses.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Archiv des Heiliggeistspitals, Nr. 5278: Vernehmungen des amtierenden Amtsarztes Dr. Reineck im Krankenhaus Köppern i.Ts. des Hospitals zum heiligen Geist am Sonntag, den 15.4.1945, und Montag, den 16.4.1945.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Archiv des Heiliggeistspitals, Nr. 5279: Aufnahme von rückgeführten Juden im Krankenhaus Köppern.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei: Einrichtung von Ausweich- und Hilfskrankenhäusern, Akten Nr. 7207, Band Nr. 1, Anfang: 1939, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Magistratsakten, Sign. 7211/5-6, Band Nr. 1, Anfang: 1933, Ende: 1954: Krankenhaus Köppern.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Sign. 7211/6, Band Nr. 1, Anfang: 1933: Städtische Heil- u. Pflegeanstalt in Köppern: Arzneilieferung.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Stiftungswesen, Allgemeines, Anfragen, Rechnungsführung bei den städt. Stiftungen, Stiftungsaufsicht, Akten Nr. 8400, Bd. 1, Teil I, Anfang: 1930, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Allgemeines, Sign. 8414/1, Anfang: 1930.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Pfleger, Sign. 8414/2, Anfang: 1930.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Personal, Ärzte, Sign. 8414/3, Band Nr. 1, Anfang: 1930, Ende: 1936, Band Nr. 2, Anfang: 1937, Ende: 1953, Band Nr. 3, Anfang: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Haushaltsplan, Kassen- und Rechnungswesen, Sign. 8414/4, Band Nr. 1, Anfang: 1930, Ende: 1938.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Kassen- und Rechnungswesen, Sign. 8414/4, Band Nr. 2, Anfang: 1939, Ende: 1942, Band Nr. 3, Anfang: 1943, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Gebäude allgemein und Grundbesitzerwerb, Sign. 8414/5 – 6, Band Nr. 1, Anfang: 1931, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Grundbesitzerveräußerung, Sign. 8414/7, Band Nr. 1, Anfang: 1932, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Grundbesitztausch, Sign. 8414/8, Band Nr. 1, Anfang: 1932, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Heilstätte Hohenwald, Sign. 8414/9, Band Nr. 1, Anfang: 1931, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Aufnahme und Entlassung der Kranken, Unglücksfälle, Betrieb im Allg., Sign. 8414/10, Band Nr. 1, Anfang: 1931, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Anfragen und Beschwerden, Sign. 8414/11, Band Nr. 1, Anfang: 1936, Ende: 1936.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Auflösung der Augenheilstalt, „Übernahme des Vermögens durch das Heiliggeisthospital“, Sign. 8414/12, Band Nr. 1, Anfang: 1942, Ende: 1942.

- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Stadtkanzlei, Hospital zum Heiligen Geist: Mietweise Überlassung des ehemaligen Jüdischen Krankenhauses Gagerstraße, Sign. 8414/13, Band Nr. 1, Anfang: 1942, Ende: 1954.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Niederschrift über die Ratsherren-Sitzung vom 11.05.1944, vom 28.09.1944 und vom 21.12.1944.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakte Dr. Willy Gutermuth, Sign. 21.266.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakte Barbara Hintze, Sign. 27.476.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakte Dr. Heinrich Hörlein, Sign. 26.818.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakten Prof. Dr. Herbert Junghanns, Sign. 21.085 und 39.247.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakte Dr. Charlotte Mahler, Sign. 23.196.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakte Dr. Anneliese Panbuysen, Sign. 50.878.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakte Dr. Rudolf Prestel, Sign. 136.152.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakten Dr. Richard Reich, Sign. 28.292 und 39.330.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakte Dr. Josef Widmann, Sign. 72.274.
- Stadt Frankfurt am Main. Stadtarchiv, Personalakte Dr. Fritz Zepf, Sign. 27.961.
- Stadt Frankfurt am Main. (1934), Verwaltungsbericht der Stadt Frankfurt a.M. über das Haushaltsjahr 1934/35, Frankfurt/Main.
- Taunus-Zeitung (1987). Ex-Verwaltungschef kontert: Waldkrankenhaus mustergültig, vom 12.08.1987.
- Zepf, F. (1942). Hämophilie und Geburt. Diss. med.. Frankfurt/Main.

